



Die (Un-)Haltbarkeit von werturteilsfreier post-ideologischer Regierung

Dr. habil. Tomas Marttila
Institut für Soziologie/LMU München

Post-ideologische Regierung

Die Hoffnung von werturteilsfreier Politik

- Post-ideologische Regierung geht mit der Hoffnung von flexiblerer und wirksamerer Lösung von gesellschaftlicher Probleme einher.
- Post-ideologische Regierungspraktiken „manage economic and social affairs ‚rationally‘ in an apolitical, scientized manner so that social policy is more or less an exercise in social technology“ (Schwindt 1997: 74)
- Ausschlaggebend für die Entstehung und Verbreitung von post-ideologischen politischen Handlungsrationitäten waren:
 - (1) Die Entstehung von Vorstellungen von der Welt als eine „Weltgemeinschaft“ (z.B. globale wissenschaftsbasierte Wirtschaft) (K. Martens, S. Robinson)
 - (2) Verlust von ideologischen und nationalstaatlichen „Zentralperspektiven“ auf politisches Handeln (A. Nassehi)
- Angesichts der Komplexität gesellschaftlicher Probleme in der globalisierten Welt führt das „Verharren“ an ideologischen Glaubenssätzen zur „Verniedlichung“ der observierten Probleme (A. Nassehi).

Wie ‚ideologiefrei‘ ist die post-ideologische Regierung?

- Auch dezidiert werturteilsfreie Regierungspraktiken sind ideologisch aufgeladen und begründet, denn diesen liegen immer *a priori* festgelegte, jedoch oft implizit bleibende, Werte und Werteorientierungen zugrunde.
- Es gibt keine politische Rationalität die an und für sich rational wäre:
 - z.B. **Georg Simmel:** Armut ist kein objektiver Sachverhalt, sondern eine soziale Relation
 - z.B. **Phineas Baxandall:** Arbeitslosigkeit ist kein objektives Problem, denn sie wird kontext- und kulturspezifisch interpretiert und verarbeitet.
- Die post-ideologische Regierung beruht auf dem Trugschluss, dass es eine „voraussetzungslose“ Regierungsrationalität existieren kann. Voraussetzunglosigkeit würde bedeuten, dass politische Akteure gänzlich auf Vorwissen in Form von Kausalrelationen und Wirkungshypothesen verzichten könnten.
- Ideologie bezeichnet jede Form vom Vorwissen (Theorien, Hypothesen, Klassifikationen, Werten, Normen), dem eine allgemeine Gültigkeit attestiert wird:
 - Ideologie ist „a set of beliefs about the proper order of society and how it can be achieved“ (Erikson & Tedin 2003:64)
- Es ist schlicht unmöglich ideologiefrei politische Entscheidungen zu treffen, denn um Entscheidungen über politische Maßnahmen treffen zu können, müssen zuerst „Wissensordnung[en]“ vorliegen die „festleg[en], was vernünftiges, der Wahrheit verpflichtetes und richtiges Handeln gelten kann“ (Münch 2009: 13)

Gesellschaftliche Konsequenzen von post-ideologischer Regierung

- Die Behauptung von ‚ideologiefreier‘ Politik beschützt politische Strategien und Maßnahmen gegen Kritik aus Gesellschaft
- Indem nur ‚Sachargumente‘ als politische Relevante Argumente akzeptiert werden, können nur Experten mit nachgewiesener sachbezogener Expertise einen Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben.
Demokratie => Technokratie
- Die post-ideologische Politik des objektiven Sachzwanges bringt mit sich ein Demokratiedefizit:
Die Bürger spielen „lediglich eine passive, stille, bisweilen apathische Rolle, unfähig zur eigenen Gestaltung der eigenen politischen Auseinandersetzung“ (Jörke 2005: 483).
- Für Colin Crouch (2004) führt die post-ideologische Politik außerdem zum allgemeinen Wandel des politischen Handlungsmodus vom „proaktiven“ zum „reaktiven Handeln“.
- Die Reaktivität des Handelns – das Starren an bisherige Erfolge/Misserfolge führt dazu, dass etabliert „Routinen“ außerhalb der Kritik stehen und politische Akteure daher nicht proaktiv nach „neuen innovativen Lösungen“ suchen können (Lessenich 2005: 349).

Wesensmerkmale von post-ideologischer Regierung

- Das ‚ideologische Moment‘ post-ideologischer Regierung besteht darin, dass diese sich von ihren eigenen Weltsichten, Perspektiven, Hypothesen etc. entkoppelt.

z.B. Das Schröder-Blair-Papier (1999) behauptete einerseits, dass Sozialdemokraten ihre Politik nicht „ideologisch einengen dürfen“ (S.887), nach „heute realitätstaugliche[n] Antworten auf neue Herausforderungen in der Gesellschaft und Ökonomie...“ suchen müssen, gleichzeitig aber von einem partikulären Verständnis von globaler wirtschaftlicher Integration ausgingen.

- Auch die werturteilsfreieste Regierungsform schlechthin – die Regierung durch Standards – ist von einer partikulären Weltsicht geprägt:

z.B. Evaluationspraktiken sind „Wert-zu-Weisungs-Praktiken“, denn sie beruhen auf Vorstellungen von „wertvollen“ Dingen, die die Evaluation brauchen und weisen den evaluierten Gegenständen und Sachverhalten eine bestimmte Wertigkeit auf einer mittels Standards festgelegten Rangordnung zu (Kappler & Vormbusch 2014)

Wesensmerkmale von post-ideologischer Regierung

- Das eigentliche Wesensmerkmal von post-ideologischer Regierung ist nicht ihre „Ideologie-losigkeit“, sondern dass dieser eine bestimmte Doxa (P. Bourdieu) darüber zugrunde liegt, welche Art von Wissen politisches Handeln beeinflussen darf
 - Doxa: Stellt den impliziten „Weltbezug“ dar, der den Regierungspraktiken „ihren Sinn verleiht“ (Schmidt-Wellenburg 2009: 324).
- Allen Typen von post-ideologischer Regierung liegt die politische Doxa zugrunde, dass politische Akteure nicht mehr
 - „proaktiv...Zielsetzungen herausarbeiten, sondern sie [sind] reaktiv, da sie sich stets am neusten Stand der empirischen Erkenntnisse orientiert und die bisherigen Handlungsweisen entsprechend des evidenzbasierten Urteils über erreichte Ergebnisse modifiziert“ (Marttila 2014: 258).
- Je nach der Doxa darüber, welches „werturteilfreies“ Wissen die Regierungspraktiken informieren soll, kann zwischen verschiedenen Typen von post-ideologischer Regierung unterschieden werden:
 - z.B. Evidenzbasierte Regierung, professionelle Selbstregierung, Regierung durch Märkte**

Typen von post-ideologischer Regierungspraxis

Regierungstypen	Doxa	Verifizierungspraxis	Symbolische Elite	Folgeprobleme
<i>Evidenzbasierte Regierung</i>	<p>Zugang zum statistisch bereitgestellten objektiven Wissen über die Welt.</p> <p>Wirksamkeit von politischen Maßnahmen kann wissenschaftlich verifiziert werden.</p>	<p>Randomly Controlled Trials</p> <p>Theory-based Evaluation</p>	<p>Wissenschaftler (quantitativ)</p> <p>Technokraten</p>	<p>Unklarheit über die Zielsetzungen</p> <p>Entmachtung nichtwissenschaftlicher Akteure</p> <p>Demokratiedefizit</p>
<i>Regierung durch Märkte</i>	<p>Wettbewerb führt automatisch zur Qualitätsbesserung</p> <p>Preise spiegeln Qualität wieder</p> <p>Perfekter Zugang zu entscheidungsrelevanten Informationen</p>	<p>Markttest Preisbildung (Nachfrage - Angebot)</p>	<p>Private Akteure Wirtschaft</p>	<p>Ökonomisch bedingte soziale Exklusion</p> <p>Unzureichendes Bildungsangebot</p> <p>Mangelnde Anpassung der Gesellschaft an wissensbasierte Wirtschaft</p> <p>Demokratiedefizit</p>
<i>Professionelle (Selbst-) Regierung</i>	<p>Nähe zum Erkenntnisgegenstand bedingt Expertise</p> <p>Lokale Kontingenz des gesellschaftlichen Wandels</p>	<p>Selbstevaluation, ev. kollegiale Kontrolle</p>	<p>Bildungspraxisnahe Berufsgruppen</p>	<p>Praxisnähe eine realistische Sichtweise und bringt damit einen ‚Wissensvorsprung‘</p> <p>Demokratidefizit</p>

Gesellschaftliche Konsequenzen von post-ideologischer Regierung

- Immunisierung von politischen Maßnahmen gegen subjektive, normativ aufgeladene und von ‚Laien‘ ausgeübte Kritik
- Beschränkung der politischen ‚Reformfähigkeit‘
- Gravierendes Demokratiedefizit
- Populistische Mobilisierung der WählerInnen gegen das ‚post-ideologische‘ politische Establishment